



**DIE GRÜNEN
im Freiburger
Gemeinderat**

Rehlingstr. 16a, D-79100 Freiburg im Breisgau
Tel: 0761/70 13 23
Fax: 0761/7 54 05
fraktion@gruene-freiburg.de
<http://fraktion.gruene-freiburg.de>

Die Grünen im Gemeinderat | Rehlingstr. 16a | D-79100 Freiburg

Herrn
Oberbürgermeister Martin Horn

per mail an hpa-ratsbuero@stadt.freiburg.de

Freiburg, 22. April 2020

Antrag auf Einberufung einer öffentlichen Videositzung des Gemeinderats am 5. Mai 2020

Sehr geehrter Oberbürgermeister Horn,

die Verwaltung hat angekündigt, dass die Sitzungen des Gemeinderats einschließlich der Vorbereitungen im Mai sukzessive wieder anlaufen sollen. Für den 26. und 27. Mai sind an zwei aufeinanderfolgenden Tagen öffentliche Sitzungen des Gemeinderats geplant, die im Bürgerhaus Zähringen stattfinden sollen. Die vorbereitende Sitzung des Hauptausschusses findet am 18. Mai statt, wobei der Tagesordnung bislang nicht zu entnehmen ist, ob die Diskussion über die aktuelle Lage bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie und die Folgen für die Stadt öffentlich stattfinden soll oder nicht.

Bei allem Verständnis für die logistischen Probleme, die eine Aufnahme des Sitzungsbetriebs unter gleichzeitiger Einhaltung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen mit sich bringt, halten wir diesen Zeitpunkt für deutlich zu spät. Mit Schreiben vom 14. April haben wir um die Einberufung des Gemeinderats am 5. Mai gebeten. Die nicht-öffentliche Videokonferenz des Gemeinderats am 14. April hat uns zwischenzeitlich darin bestärkt, dass eine öffentliche Diskussion im Gemeinderat über verschiedene Aspekte der aktuellen, durch die die Corona-Pandemie gegebenen Situation sinnvoll und notwendig ist.

Bis zum Hauptausschuss am 18. Mai sind es noch knapp vier Wochen. In etwa zwei Wochen werden wir wissen, wie sich die Infektionsrate unter den aktuell vom Land beschlossenen Lockerungen entwickelt hat, ob nachgesteuert werden muss mit erneut empfindlichen Freiheitsbeschränkungen für die Menschen, oder ob es weitere vorsichtige Lockerungen geben kann.

Der Gemeinderat - Hauptorgan der Gemeinde und gewählte Volksvertretung - hat seit der Ausweitung der Infektionen hier in Südbaden, also seit dem 3. März, noch kein einziges Mal öffentlich diskutiert. Dabei handelt es sich bei der Abwägung zwischen den verfügbaren Maßnahmen und den dadurch bewirkten Freiheitsbeschränkungen um ein eminent politisches Thema. Dies gilt umso mehr bei der Frage, welche Lockerungen angemessen sind, und unter welchen Sicherheitsvorkehrungen das gesellschaftliche Leben allmählich wieder in Gang kommen kann. Wir nennen nur die Themen Maskenpflicht, Sperrung von Kinderspielplätzen, Ausweitung der sog. Notbetreuung von Kindern, Ausgangsverbote in Altenheimen etc.

Hochpolitisch ist auch die Diskussion darüber, wie sich die Stadt angesichts der sicherlich drohenden finanziellen Einbußen für den städtischen Haushalt durch die Corona-Pandemie verhalten soll. Sollen sämtliche Investitionsprojekte zunächst einmal gestoppt werden, wie dies von einzelnen Gemeinderäten angeregt worden ist? Soll es eine Haushaltssperre geben, wie von Bürgermeister Breiter in die Diskussion gebracht, mit der Folge, dass beispielsweise Handwerksbetriebe und zuschussbedürftige Einrichtungen noch stärker in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht werden? Oder können wir auf Sicht fahren, große Investitionsprojekte vorsichtig, aber mit Nachdruck weiter vorantreiben? Welche finanziellen Zuwendungen oder unterstützenden Maßnahmen der Kommune sind denkbar für Betriebe und Einzelpersonen, die von den Sofortmaßnahmen von Bund und Land nicht erreicht werden wie etwa freie Kultureinrichtungen?

Wir wollen das umsichtige und tatkräftige Krisenmanagement der Verwaltung in diesen Tagen, für das wir uns an dieser Stelle nochmals bedanken, nicht in Frage stellen. Jedoch muss es effektive Möglichkeiten für den gewählten Gemeinderat geben, auch jetzt das Handeln der Exekutive zu beobachten und zu kontrollieren. Es kann zudem schlichtweg nicht sein, dass die politische Meinungsbildung des wichtigsten Gremiums dieser Stadt zu den genannten Themen nicht stattfindet und die Stimme des Gemeinderats durch mehr oder weniger abgestimmte Verlautbarungen der Verwaltungsspitze ersetzt wird.

Wir werden trotz des Rechts auf unverzüglicher Einberufung einer Gemeinderatssitzung nach § 34(1), Satz 3 der Gemeindeordnung durch mindestens ein Viertel der Mitglieder des Gemeinderats keine Sitzung in persona beantragen. Dies geschieht insbesondere auch mit Rücksicht auf ältere Mitglieder des Gremiums sowie Mitglieder, die aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation zu sog. Risikogruppen gehören. **Wir beantragen daher, dass die Verwaltung am 5. Mai eine öffentliche Videokonferenz des Gemeinderats organisiert, zu der Mitglieder der Presse Zugang haben, und die über lifestream im Internet auch von den BürgerInnen der Stadt verfolgt werden kann.**

Als vorläufige Tagesordnung schlagen wird vor:

- 1. Information über die aktuelle Lage bei der Bekämpfung der Corona-Epidemie, insbesondere Auswirkungen der bisher erfolgten Lockerungen;**
- 2. Finanzielle Folgen für den städtische Haushalt, Eckpunkte einer Strategie bis zum Jahresende 2020;**
- 3. Situation von Familien und Alleinerziehenden, Menschen in Alten- und Pflegeeinrichtungen, Wohnungslose, mögliche Unerstützungmaßnahmen der Stadt, sozialen- und Kultureinrichtungen, mögliche Unterstützungsmaßnahmen der Kommune**
- 4. Versammlungsfreiheit**

Der Organisationsaufwand einer solchen Sitzung ist überschaubar und angesichts der Bedeutung für die politische Willensbildung in der Stadt vertretbar. Da in dieser virtuellen Sitzung keine Entscheidungen des Gemeinderats getroffen werden sollen, sind auch weder Vorlagen - bis auf die üblichen laufenden Informationen der Verwaltung - noch Vorberatungen erforderlich. Es bestehen für einen solchen öffentlichen Austausch der Gemeinderatsmitglieder auch keine gesetzlichen Beschränkungen.

Mit freundlichem Gruß

Maria Viethen
Fraktionsvorsitzende

Timothy Simms
Stadtrat, Fraktionsgeschäftsführer